

Presseerklärung:

von Bündnis Zukunft: zum Job-Gipfel der Bundesregierung, am 17. 03. 2005

Hannover, 18. März 2005

Die 30 Jahre lang praktizierte Politik der Steuersenkung für Unternehmen hat, bei über 5 Millionen Arbeitslosen, seine Untauglichkeit ausreichend bewiesen. Trotz Rekordgewinnen sind Massentlassungen zur Regel geworden.

- Diese Politik führt nur zum Anwachsen von Geldvermögen bei wenigen auf Kosten der Solidargemeinschaft.
- Niedrige Sozialstandards und Löhne führen dagegen zu einem Rückgang der Kaufkraft und unterbinden so die volkswirtschaftlichen Geldkreisläufe.

Diese Politik muss schnellstens beendet werden!

Bündnis/Zukunft fordert darum als Sofortmaßnahmen;

- ein gesetzliches Verbot von Entlassungen solange Dividenden gezahlt werden.
 - langfristig die Einführung eines umlaufsicherten Geldes.
- die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist zu stoppen, weil sie zu Lohndumping führt. Stattdessen ist die Aussetzung oder massive Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Handwerks- und Dienstleistungen vorzunehmen, damit im Bereich des Mittelstandes eine wachsende Binnennachfrage entsteht! (siehe z.B. Frankreich)

Zum Ausgleich für entstehende Steuerausfälle ist der Spitzensteuersatz wieder auf den Stand von 1999 zu bringen und eine Vermögenssteuer für alle Vermögen über 1 000 000 Euro, von 0,5 % zu erheben.

Der Bundesvorstand der Partei "Bündnis für die Zukunft"

i.A. Thomas Bauer

thomasbauer@buendnis-zukunft.de

www.buendnis-zukunft.de